Verbände

Warnung vor übereilten Festlegungen

[14.11.2013] Mehrere Umweltverbände zeigen sich besorgt über den gegenwärtigen Verlauf der Koalitionsverhandlungen und warnen die künftige Regierung vor falschen Weichenstellungen in der Energiepolitik.

Die großen deutschen Umweltorganisationen sehen die laufenden Koalitionsverhandlungen trotz einiger positiver Zwischenergebnisse mit zunehmender Sorge. Wie der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) erklärte, weichen die Verhandlungsgruppen zu Energie sowie Umwelt und Landwirtschaft nach Ansicht der Verbände – darunter auch Greenpeace und der Naturschutzbund Deutschland (NABU) – den notwendigen Entscheidungen in der Energiepolitik aus. Sie fordern die künftige Regierung auf, die Kosten der Energiewende gerechter zu verteilen und unter anderem ungerechtfertigte Ausnahmen bei den Energie- und Stromsteuern sowie im Emissionshandel abzuschaffen. Zudem appellieren die Umweltverbände an die Verhandler, bei der Neuordnung des Strommarktes keine übereilten Festlegungen zu treffen. Neue Subventionen für Kohlekraftwerke wären ökonomisch und klimapolitisch nicht zu verantworten. Das anvisierte Ziel von 40 Prozent erneuerbare Energien im Jahr 2020 ist aus Sicht der Umweltverbände zudem zu schwach. Dadurch würden große wirtschaftliche Potenziale verschenkt und die Erreichung der deutschen Klimaziele gefährdet.

(ma)

Stichwörter: Politik, Bund, Greenpeace, NABU